

Antrag 272/I/2025**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine faschismussichere Digitalpolitik****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 229/I/2025 (Konsens)**

1
 2 Wir fordern die neue Bundesregierung auf, eine digitale
 3 Brandmauer gegen den Faschismus zu errichten. Diese di-
 4 gitale Brandmauer muss Missbrauchspotentiale minimie-
 5 ren, Menschen und gesellschaftliche Gruppen ermäch-
 6 tigen sowie Menschenrechte und demokratische Werte,
 7 insbesondere Freiheit, Gleichheit und Solidarität, schüt-
 8 zen und fördern. Die aktuellen Geschehnisse in den USA
 9 zeigen auf, wie Datensammlungen und -analyse genutzt
 10 werden können, um einen Staat handstreichartig zu über-
 11 nehmen, seine Strukturen nachhaltig zu beschädigen, Wi-
 12 derstand zu unterbinden und marginalisierte Gruppen zu
 13 verfolgen.

14
 15 Wir fordern daher:

- 16 • Die biometrische Massenüberwachung des öffentli-
 17 chen Raums sowie die ungezielte biometrische Aus-
 18 wertung des Internets wird verboten. Insbesondere
 19 wird aktiv gegen jede Form von Datenbank vorge-
 20 gangen, die ungezielt Bilder, Videos und Audiodatei-
 21 en aus dem Internet nach biometrischen Merkma-
 22 len auswertet. Die entsprechenden Befugnisse des
 23 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden
 24 zurückgenommen.
- 25 • Anlasslose und massenhafte Vorratsdatenspeiche-
 26 rung wird abgelehnt. Stattdessen werden grund-
 27 rechtsschonende und effektivere Maßnahmen der
 28 Strafverfolgung wie das Quick-Freeze-Verfahren
 29 und die Login-Falle verfolgt.
- 30 • Eine automatisierte Datenanalyse der Informa-
 31 tionsbestände der Strafverfolgungsbehörden so-
 32 wie jede Form von Predictive Policing oder au-
 33 tomatisiertes Profiling von Menschen wird ab-
 34 gelehnt. Die Kooperationen deutscher und US-
 35 Geheimdienste werden eingeschränkt, insbesonde-
 36 re wird jede Art von automatisiertem Massenaus-
 37 tausch von Inhalts- oder Metadaten unterbunden.
- 38 • Die Überwachungsgesamtrechnung wird veröffent-
 39 licht, kontinuierlich fortgesetzt und der Umfang
 40 staatlicher Überwachungsbefugnisse dementspre-
 41 chend gesetzgeberisch angepasst.
- 42 • Es wird ein Recht auf Verschlüsselung eingeführt.
 43 Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Chat-
 44 kontrolle auf europäischer Ebene zu verhindern und
 45 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sowie die Vertrau-
 46 lichkeit von Kommunikation insgesamt zu schützen.
- 47 • IT-Sicherheitsforschung wird unterstützt
 48 statt kriminalisiert. Der Hackerparagraph

wird abgeschafft. Es wird ein wirksames IT-Schwachstellenmanagement auch für Behörden eingeführt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird unabhängig aufgestellt.

- Die Bundesregierung setzt sich für wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz ein, ohne dabei durch eine verpflichtende Altersverifikation die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen zu unterminieren. Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Internets wird geschützt und ermöglicht.
- Die Abschaffung der Bezahlkarte für Geflüchtete und die Einstellung von Handyauswertungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene gegen die überbordende Sammlung personenbezogener Daten geflüchteter Menschen einzusetzen und ihre Privatsphäre und Autonomie zu respektieren.
- Privater Machtmissbrauch von Big-Tech-Unternehmen wird durch durchsetzungsstarke, unabhängige und grundsätzlich föderale Aufsichtsstrukturen bekämpft, insbesondere in den Bereichen der Plattformregulierung, des Datenschutzes und des Kartellrechts.
- Die Bundesregierung legt ein umfassendes Förderprogramm für digitale öffentliche Räume auf, die dezentral organisiert, gesellschaftlich eingebettet, interoperabel gestaltet und quelloffen programmiert sind.
- Ein digitales Gewaltschutzgesetz wird eingeführt, das Betroffene konsequent in den Fokus stellt. Dazu gehören auch die Reform der Impressumspflicht, die Berücksichtigung gruppenbezogener digitaler Gewalt und die Förderung von Beratungs- und Hilfsangeboten.
- Gute digitale Bildung, die Menschen befähigt und frei zugänglich ist, muss zur Priorität werden und allen gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Alter und Bildungsgrad, zur Verfügung stehen. Wir fordern eine umfassende Strategie zur Förderung von Open Educational Resources und die Förderung des digitalen Ehrenamts.

Begründung

Wir schließen uns den 12 Forderungen von 29 digitalpolitischen Initiativen und Organisationen an die nächste Bundesregierung an. Die Forderungen wurden unter anderem vom Chaos Computer Club (CCC), dem D64 e.V., Pro Asyl e.V., Amnesty International, digitalcourage e.V., Digitale Gesellschaft e.V. und der Open Knowledge Foundation Deutschland unterzeichnet.

102 Bekenntnis gegen Überwachung

103 Es ist ein Irrglaube, dass zunehmende Überwachung
104 einen Zugewinn an Sicherheit darstellt. Sicherheit er-
105 fordert auch, dass Menschen anonym und vertraulich
106 kommunizieren können und ihre Privatsphäre geschützt
107 wird. Zu oft werden aktionistische Vorschläge wie die
108 Chatkontrolle, Vorratsdatenspeicherung oder biometri-
109 sche Überwachung als technische Allheilmittel für kom-
110 plexe gesellschaftliche Herausforderungen präsentiert –
111 ohne ihre massiven Missbrauchspotenziale zu berücksich-
112 tigen. Stattdessen braucht es eine evidenzbasierte Politik,
113 die differenzierte Lösungsansätze ohne Massenüberwa-
114 chung verfolgt. Es ist die Aufgabe des Staates, Grundrech-
115 te zu schützen. Dazu gehört insbesondere auch, den Miss-
116 brauch von Maßnahmen, Befugnissen und Infrastruktu-
117 ren zu verhindern, heute und in Zukunft.

118

119 Schutz und Sicherheit für alle

120 IT-Angriffe wie die durch „Salt Typhoon“ zeigen die Gefah-
121 ren staatlicher Hintertüren und unterstreichen: Die Stär-
122 kung von IT-Sicherheit und Ende-zu-Ende-verschlüsselter
123 Kommunikation ist eine Frage gesamtgesellschaftlicher
124 Resilienz. Gleichzeitig steht unabhängige und zivilgesell-
125 schaftliche Sicherheitsforschung, die Sicherheitslücken
126 zum Wohle der Gesellschaft aufdeckt, immer noch un-
127 ter Generalverdacht und wird kriminalisiert. Sicherheits-
128 lücken in Software müssen von allen staatlichen Stellen
129 im Rahmen eines Schwachstellenmanagements konse-
130 quent an die Hersteller zur Behebung gemeldet werden.
131 Sicherheit und Schutz dürfen dabei keine Frage von Privi-
132 legien sein, sondern müssen für alle Menschen gelten, ins-
133 besondere für marginalisierte Menschen und Gruppen.

134

135 Demokratie im digitalen Raum

136 Private Überwachung und Machtkonzentration müssen
137 bekämpft werden. Die willkürliche und antidemokrati-
138 sche Machtausübung der Tech-Oligarchen um Präsident
139 Trump erfordert einen Paradigmenwechsel in der deut-
140 schen Digitalpolitik und ein erneuertes Bekenntnis zu de-
141 zentralen öffentlichen Räumen sowie der konsequenten
142 Rechtsdurchsetzung durch föderale Aufsichtsstrukturen.
143 Gesunde digitale Räume leben auch von einer resilienten
144 Gesellschaft mit starken digitalen Kompetenzen und ei-
145 nem demokratischen Diskurs, in dem digitale Gewalt kei-
146 nen Platz hat. Dazu fordern wir ein Gewaltschutzgesetz,
147 das seinen Namen verdient, einen Ausbau der digitalen
148 Bildung und die Förderung des digitalen Ehrenamts.